

# Vielfalt als Chance

Die unterschiedlichen Strukturen der einzelnen Regionen sind nicht das Problem, sondern das Wesen der Ostschweiz.

Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell zielen daher nicht auf einen politischen Plan zur Förderung einzelner Regionen im Sinne der Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Uns geht es vielmehr um die Stärkung dieser Vielfalt durch mehr Wettbewerb und weniger staatliche Belastungen.

## Vielfältige Ostschweiz

Die einzelnen Regionen der Ostschweiz zeichnen sich durch unterschiedliche Strukturen und eine differenzierte Dynamik aus. Diese Vielfalt mag auf den ersten Blick als eine der Schwächen der Ostschweiz erscheinen, da sie sich einfachen politischen Rezepten entzieht. Aus Sicht der IHK St. Gallen-Appenzell jedoch ist diese fehlende Geschlossenheit nicht unser Nachteil, sondern eine der entscheidenden Qualitäten der Ostschweiz.

Vielfalt, Individualität und Kreativität sind wesentliche Merkmale jeder modernen Gesellschaft. Diese Eigenschaften lassen sich weder planen noch steuern oder gar kontrollieren. Unsere wirtschaftspolitischen Empfehlungen wollen denn auch nicht die einzelnen Regionen im Sinne der politischen Planung und mit dem Ziel der Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse fördern. Vielmehr geht es uns darum, diese Vielfalt durch mehr Wettbewerb und weniger staatliche Belastungen zu stärken.

Dies gilt auch für die Ostschweiz als Wohnort. Hinter je-



Kurt Weigelt, Direktor IHK St. Gallen-Appenzell: «Es müssen weitere Steuerschritte folgen.»

Bild: pd

dem Betrieb stehen Menschen als Mitarbeitende, Eigentümer, Lieferanten und Kunden. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik setzt sich daher nicht nur mit den für Unternehmen geltenden Rahmenbedingungen, sondern auch mit der Attraktivität einer Region als Wohnort auseinander.

## Mehr Wettbewerb

Die Dynamik der Exportwirtschaft ist der entscheidende Motor des wirtschaftlichen Wachstums in der Ostschweiz. Die in vielen Bereichen geschützte Binnenwirtschaft dagegen entwickelt sich nur gemächlich. Dies ist auf eine Vielzahl von Regulierungen und das starke Gewicht staatlicher und staatsnaher Unternehmen im Bereich des Service public zurückzuführen. Ent-

scheidende Verbesserungen setzen Reformen auf nationaler Ebene voraus und entziehen sich den Möglichkeiten der kantonalen Politik.

Immerhin zeigt beispielsweise die Liberalisierung des Gastgewerbes, dass auch im Rahmen kantonalen Kompetenzen positive Entwicklungen angestossen werden können. Eine dieser Chancen liegt in der Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten. Wie das Dorf Appenzell bereits heute beweist, erhöhen grosszügige Ladenöffnungszeiten die Attraktivität eines Standortes.

Weiter gilt es, die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit im Rahmen des kantonalen Vollzugs mit Augenmass anzuwenden. Keinen Sinn machen staatliche Interventi-

onen in Branchen, bei denen kein Zusammenhang zwischen Bewegungen im Arbeitsmarkt und der Personenfreizügigkeit festgestellt werden kann. Zudem müssen die kantonalen Regierungen der Ostschweiz alles daran setzen, dass der Dienstleistungs- und Warenverkehr im grenznahen Verkehr nicht durch unsinnige Anmeldefristen behindert wird. Dies gilt auch für Fragen der Zollabfertigung und die durch die EU angedrohte 24-Stunden-Regelung.

## Für freie Schulwahl

Eine entscheidende Aufwertung der Ostschweiz als Wohnort erwarten wir von unserer Forderung nach einer freien Schulwahl. Bereits heute bestimmen beispielsweise in Mörschwil die El-

tern darüber, ob ihre Kinder eine Oberstufenschule in St. Gallen, in Goldach, das Untergymnasium oder eine private Schule besuchen. Entscheiden sie sich für eine Privatschule, dann übernimmt die politische Gemeinde auf Gesuch hin einen Beitrag bis zum Maximalbetrag des Ansatzes der preisgünstigsten Vertragsschule in der Stadt St. Gallen.

Der Wahlfreiheit der Eltern entspricht die Autonomie der einzelnen Schulen. Diesen sind im Rahmen eines Qualitätsmanagements die Kompetenzen für die Gestaltung ihres Ausbildungsmodells zu übertragen. Vergleichbare Chancen sehen wir in der Einführung von Kulturgutscheinen, mit denen die Verantwortung für die Verwendung der Kultursubventionen wenigstens zum Teil an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger delegiert wird.

## Weniger staatliche Belastungen

Während die staatlichen Aufgaben zu einem grossen Teil durch bundesrechtliche Vorschriften vorgegeben sind, liegt der Vollzug in der Regel bei den Behörden von Kantonen und Gemeinden. Die Art und Weise dieses Vollzugs prägt das Verhältnis der Bürger zur öffentlichen Hand und steht gleichwertig neben harten Fakten wie Steuertarifen und Infrastruktur. Für die IHK St. Gallen-Appenzell ist es entscheidend, dass unsere Behörden ihren Spielraum beim Vollzug im Sinne der Bürger und Unternehmen wahrnehmen und administrative Belastungen insgesamt reduzieren.

Im Kanton St. Gallen steht die Revision des Baugesetzes an. Diese Chance gilt es im Interesse

der Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort durch ein liberales Baugesetz zu nutzen. Die Umnutzung industriell und gewerblich genutzter Liegenschaften ist durch die verhältnismässige Anwendung von Vorschriften des Brand- und Arbeitnehmerschutzes und durch die Koordination der Verfahren zu erleichtern. Ein liberales Baurecht nützt dann nichts, wenn die nachgefragten Grundstücke und Immobilien nicht zur Verfügung stehen.

Wir fordern daher für alle Ostschweizer Kantone eine aktive Flächenangebotspolitik.

## Weitere Schritte sind nötig

Für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen ist die Höhe der Steuern einer der wesentlichen Faktoren staatlicher Belastungen. Die letzten fünf Jahre haben den Ostschweizerinnen und Ostschweizern eine spürbare Verbesserung gebracht. Sowohl die Unternehmenssteuern als auch die Steuern auf Einkommen und Vermögen wurden gesenkt. Trotz dieser Fortschritte müssen weitere Schritte folgen. So ist die steuerliche Belastung bei mittleren Einkommen in Ausserrhoden und zusätzlich bei hohen Einkommen im Kanton St. Gallen und im Thurgau hoch. Bei den Unternehmenssteuern wird der Druck zur Satzreduktion anhalten.

Steuersenkungen sind durch Sparmassnahmen bei den öffentlichen Ausgaben sowie im Bereich der Unternehmenssteuern durch verursachergerechte Gebühren zu kompensieren. Darüber hinaus unterstützt die IHK alle Bestrebungen zur Vereinfachung der Steuersysteme.

Kurt Weigelt